

der genügenden Verzinsung der Kapitalien oft genug betont worden war. Jetzt auf einmal wissen viele Verwaltungen nichts mehr davon. Auch der Hinweis auf die hohen Steuern ist doch keine genügende Begründung. Wahrhaftig nicht. Über den bei uns herrschenden Steuersadismus ist gerade hier schon oft und früh genug geschrieben worden, und jedermann weiß, daß die Steuerlasten sinnlos hoch bei uns sind; gerade auch für die Industrie. Aber zahlen etwa die Sarotti-Gesellschaft, die Mechanische Weberei Linden keine Steuern? Zahlen die Gesellschaften des Anilinkonzerns keine Steuern? Und dennoch geben sie anständige Dividenden. Auch die Banken zahlen Steuern und haben außerdem bekanntlich gute Dividenden verteilt. Es ist also zwar sehr bequem und billig, jede Dividendenlosigkeit mit den hohen Steuern erklären zu wollen; aber es ist nichtsdestoweniger ein Unfug, gegen den endlich einmal energisch protestiert werden muß.

Von allem andern abgesehen, ist es nämlich auch eine Kurzsichtigkeit. Schon deswegen, weil jede Verwaltung sich sagen muß, daß sie die Unterbringung junger Aktien in Zukunft ungeheuer auf diese Weise erschwert. Man braucht gerade in dieser Beziehung nur auf die Hamburg-Amerika-Linie zu verweisen, die vor ein paar Monaten schon eine Kapitalserhöhung durch Ausgabe junger Aktien beschlossen hat, die neuen Aktien aber beim besten Willen nicht los wird, da die alten weit unter pari stehen. Was nützen also derartige Beschlüsse über die Ausgabe junger Aktien, wenn man sie in Wirklichkeit gar nicht auszuführen in der Lage ist? Manche Gesellschaft hätte vor wenigen Wochen noch die Möglichkeit gehabt, junge Aktien unterzubringen, weil man damals bestimmt mit einer Dividende bei ihnen rechnete. Inzwischen aber, seitdem die Dividendenlosigkeit bekannt geworden ist, denken natürlich die alten Besitzer nicht daran, junge Aktien zu übernehmen. Von welchem Gesichtspunkt man also auch die Dinge betrachten mag,

so steht doch jedenfalls so viel fest, daß die jetzt beliebte Dividendenpolitik der Verwaltungen die verkehrteste ist, die sie überhaupt begehen konnten, und nicht zuletzt auch mit Rücksicht auf das Ausland.

Daß die deutsche Regierung nicht zahlt, daran hat man sich im Auslande allmählich schon gewöhnt; aber daß nunmehr auch die deutschen Aktiengesellschaften in Dutzenden von Fällen sich auf den Standpunkt stellen, was die deutsche Reichsregierung könne, nämlich nichts zahlen, das könnten sie auch, ist das unfehlbarste Mittel, unseren Kredit in der Welt zu schwächen. Seit Monaten bemühen wir uns um amerikanische Kredite; aber daß es ein Unternehmen, das eine Rente gibt, leichter hat, Kredit zu bekommen als eins, das seine Dividendenscheine notleidend werden lassen muß, liegt wohl auf der Hand, und auch von diesem Standpunkt ist das, was bei uns gegenwärtig getrieben wird, die sicherste Politik zur Schädigung unseres internationalen Kredits.

Als ob man im Auslande nicht gerade ohnehin genug verschnupft über die „Geschäftsmoral“ mancher Stellen in Deutschland wäre. Zum Beispiel braucht man nur einmal die Schweizer Zeitungen darüber zu lesen, welchen Eindruck es dort gemacht hat, daß die Stadt Dortmund sich ihren Verpflichtungen auf Rückzahlung eines in schweizerischer Valuta aufgenommenen Darlehens entziehen will. Dafür können die deutschen Aktiengesellschaften nichts; gewiß nicht; aber sie sollten um so mehr ihrerseits bemüht sein, die gegen Deutschland herrschende Animosität und das zweifellos vorhandene Mißtrauen nicht noch unnütz zu vergrößern.

Oder hängen nicht die traurigen Zustände am Markt der berühmten „Goldpfandbriefe“ ebenfalls aufs engste hiermit zusammen? Vor ein paar Tagen sind die 8prozentigen Schlesischen Goldpfandbriefe mit ganzen 77 Prozent notiert worden, weil sich zu höherem Kurse kein Käufer fand. Das